

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Januar 1973

Evangelische Verantwortung

Heft 1/1973

Das „C“ ist unsere große Chance

Horst Waffenschmidt

In den Analysen für die Ursachen der CDU/CSU-Wahlniederlage vom 19. November 1972 wird immer wieder auf die verlorengegangene Glaubwürdigkeit und das Fehlen einer deutlichen Grundsatzzposition der christdemokratischen Parteien hingewiesen. Besonders das Defizit im geistigen Bereich nimmt der rheinische CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Waffenschmidt, der gerade in diesen Tagen zum nebenamtlichen Mitglied der rheinischen Landeskirchenleitung gewählt wurde, zum Anlaß einer kritischen Betrachtung über die Situation der Union. Er fordert die Erarbeitung grundsätzlicher Orientierungspunkte und die Entrümpelung des „C“ von allen unberechtigten Begleitumständen als Voraussetzung zur Wiederherstellung der verlorengegangenen Glaubwürdigkeit, um so zu einer geistigen Grundausstrahlung zu gelangen, die sich überzeugend in Worten, Taten und Personen darstellt.

Eine politische Partei steht immer wieder vor der Aufgabe, Antwort zu geben auf die Fragen, Sorgen und Anliegen der Bürger und Vorschläge zu unterbreiten für eine möglichst erfolgssichere Gestaltung und Bewältigung der Zukunft. Die CDU hat dies durch viele Jahre nach dem 2. Weltkrieg nach der Ansicht der Mehrheit unserer Mitbürger am besten gekonnt. Heute, insbesondere nach der Wahl am 19. November 1972, meinen Betrachter der politischen Szene, die CDU könne dies nicht mehr so gut wie vor Jahren. Die CDU hat dies sehr ernst zu nehmen und sie tut es in vielen Bereichen, die für die künftige Arbeit entscheidend sind.

Diese Aufgabe hat in der aktuellen politischen und gesellschaft-

lichen Position zwei große Bereiche vor sich: Das eine weite Feld der praktischen, politischen Arbeit in Bund, Land und Gemeinden und in den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppierungen. Das andere Feld aber ist die Darstellung der grundsätzlichen geistigen Orientierung, aus der heraus die CDU ihre politische Arbeit gestalten will und die sie einer modernen Industriegesellschaft anbietet. Dieser Bereich ist der Entscheidende. Mit Berechtigung hat Rainer Barzel es öfter ausgesprochen: Nur der wird die politische Führung gewinnen, der die geistige Führung wahrnehmen kann.

Und dies haben wir ja auch im Wahlkampf in zunehmendem Maße gemerkt: Die Mitbürger, insbesondere die jüngeren, haben uns gefragt, wie denn unser grundsätz-

Aus dem Inhalt

Das „C“ ist unsere große Chance	1
Die Öffentlichkeit der Erwachsenenbildung Wolfgang Böhme	3
Zur Diskussion gestellt: Politik für den Menschen Helmut Donner	6
Beschlüsse der Bremer EKD-Synode vom 6. Januar 1973	9
Kurz notiert	10
Qualität des Lebens	11
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	12

AKTION WAHLANALYSE '72

Die Evangelische Verantwortung dankt allen Einsendern; in unserer nächsten Ausgabe wird die Wahlanalyse einen breiten Raum einnehmen.

liches Konzept für die Zukunft aussehe. Das herausragend Interessante in unserer gegenwärtigen Situation ist dabei der Umstand, daß die Mehrzahl unserer Mitbürger zwar sehr interessiert ist an den politischen Einzelvorschlägen, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse unterbreitet werden, daß sie aber gleichermaßen, wenn nicht noch mehr, interessiert sind an der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Position, die eine politische Partei einnimmt, und an den grundsätzlichen Orientierungspunkten, von denen sich die Partei bei ihrem Handeln leiten läßt. Dies gilt für alle Bereiche unseres Lebens, es gilt für das Interesse der einen Mitbürger mehr, weil sie diese Grundsatzposition intellektuell verarbeiten wollen, für andere mehr, weil sie bewußt oder unbewußt ein Mehr an Geborgenheit im politischen und staatlichen Bereich suchen, nachdem viele überkommene Orientierungsbereiche in Beruf und Gesellschaft, ja sogar in der Kirche, nicht mehr vorhanden sind.

Fragen nach den Grundsätzen

Und diese Fragestellung nach den Grundsätzen wird intensiver werden. Die uralten Lebensfragen: Was ist Wahrheit? In wessen Auftrag handelst du? Wozu lebt der Mensch und was ist höchste Erfüllung seines Lebens? werden uns auch im politischen Alltag nicht mehr loslassen. Und dies wird bei uns um so intensiver der Fall sein, je mehr einerseits für die große Mehrheit unserer Mitbürger die unmittelbarsten Lebensbedürfnisse befriedigt werden und andererseits ideologische Weltmächte wie z. B. der Kommunismus mit einem geschlossenen Ordnungsbild täglich der Weltöffentlichkeit gegenüber treten. Und ein weiterer Umstand wird die Fragestellung immer wie-

der aktuell machen: Die Tatsache, daß die Orientierungsbegriffe für öffentliches und insbesondere politisches Verhalten einem permanenten Wechsel des Wertinhalts unterliegen. Man braucht hierbei nur an das Wort Frieden zu denken. In manchen Bereichen der Erde bedeutet es schon nur noch ein Nachgeben gegenüber totalitären Gewaltansprüchen, ohne auch nur eine Ursache für das Eintreten des Unfriedens zu beseitigen. Und ähnlich ergeht es schon in vielen Bereichen den Begriffen Freiheit und Verantwortlichkeit, sie werden von ihren umfassenden Werten degradiert zu billigen Funktionen politischer Ideologien.

In diese Situation hinein muß immer wieder das geistige, moralische und politische Angebot der CDU einsetzen. Wir haben dazu als CDU eine Ausgangsbasis, die die größten Chancen für die Zukunft in sich birgt: Die übernommene Verpflichtung, politische Arbeit in persönlicher Verantwortung vor Gott und dem Nächsten auszurichten, ohne Abhängigkeit von Ideologien und Systemen, frei zum täglichen praktischen und sozialen Dienst in der Gesellschaft! Das ist keine Sache eines überheblichen Exklusivanspruchs auf christliches Verhalten und auch keine Sache, die mit frommen Reden zu erledigen wäre, sondern die Verpflichtung zu der Entschlossenheit mutig einzutreten für mehr Gerechtigkeit, für mehr Solidarität, für mehr Freiheit und persönliche Verantwortlichkeit, weil dies den Raum gibt für mehr Menschlichkeit. Die Bibel und damit auch unsere Verpflichtung beinhaltet kein Rezeptbuch für politische Entscheidungen. Aber sie lehrt uns, daß der Mensch sich nicht aus sich selbst heraus verwirklicht, sondern in der Hinwendung zum Nächsten und in der Erkenntnis, daß der lebendige Gott für beide da ist.

Freilich werden Christen in anderen politischen Gruppierungen diese Aufgabe und Verpflichtung auch für sich in Anspruch nehmen und sie haben ein Recht darauf. Aber es gibt zwei Unterschiede: In anderen politischen Parteien ist diese Verpflichtung immer wieder zu synchronisieren mit anderen, ideologischen Zielen, z. B. dem Sozialismus. Und keine andere politische Partei kann die Verpflichtung so radikal treffen wie diejenige, die sie in ihrem Namen trägt.

Das „C“ entrümpeln

Für unsere Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Freiheit ist das „C“ unsere Glaubwürdigkeitsmarke. Aus unserem Verständnis können wir weder einem ungebundenen Individualismus noch einem kollektiven Sozialismus das Wort reden. Ohne die Gebundenheit im „C“ kämen wir andererseits in den Geruch der Nur-Pragmatiker, deren Handlungsweise unkalkulierbar wäre und wir würden der reinen Taktik erliegen, dies alles um so mehr, je stärker ähnliche Forderungen von politischen Gegnern auf der Basis eines Zukunftsbildes erhoben werden, mag das Zukunftsbild auch noch so angreifbar sein.

Das „C“ ist freilich nur dann eine attraktive Glaubwürdigkeitsmarke, wenn wir es entrümpeln von allen unberechtigten Begleitumständen, mit denen es verbunden wird, entrümpeln von Machtstreben unverantwortlicher Ausprägung, von verstaubtem Konservatismus und auch von der ängstlichen und so unchristlichen Sorge um den Bestand des Bestehenden. Die Werte und Bilder von Liebe und Barmherzigkeit, von Mitmenschlichkeit und Geborgenheit, von Schuld und Versöhnung sind entscheidend durch die christliche Botschaft in unser heutiges Leben gebracht worden. Wir dürfen sie als eine politische Gemeinschaft, die das „C“ als Verpflichtung für sich im Parteinamen halten will, niemals vernachlässigen oder leichtfertig abtreten für die Argumentation anderer politischer Gruppierungen. Die Menschen um uns herum warten in großer Zahl auf eine Haltung im öffentlichen Leben, die diesen Begriffen gerecht wird, auch dann, wenn sie vielleicht oft unsere Beweggründe für die Haltung nicht voll übernehmen wollen.

Diese Grundsatzposition muß freilich durch politische Initiativen immer wieder neu deutlich und verständlich gemacht werden, durch praktiziertes Streben zur Festigung der Volkspartei, bei der Vermögensbildung, im Städtebau, bei allen Fragen des sozialen Ausgleichs. Dies ist, wie wir aus der praktischen Arbeit wissen, nicht einfach. Und verantwortliches Handeln lebt nicht „von der Hand in den Mund“, sondern von der Prüfung realisierbarer glaubwürdiger Vorschläge. Dazu müssen unsere Grundsatz-

kommission und unsere Parteistitute noch mehr eine lebendige Akademie werden, die unsere grundsätzliche Verantwortlichkeit ständig in Anwendung bringen auf die sich rasch ändernden Sachverhalte unseres Lebens und uns Vorschläge zu glaubwürdigem Verhalten für den politischen Entscheidungsprozeß vorlegen, z. B. im Steuerrecht, in Fragen der Mitbestimmung, bei dem Ausbau der Selbstverwaltung oder im Blick auf Städtebau- und Bodenrecht.

des Handelns noch deutlicher und verständlicher zu zeichnen. Richard von Weizsäcker hat dies für die Grundsatzkommission der Partei so formuliert: „Eine Gefahr entsteht nur dort, wo unser Name seine verbindliche Kraft für uns verlieren und nicht mehr Maßstab für das persönliche, soziale und politische Handeln sein sollte.“

Wir können und wollen nicht die Aufgabe erfüllen, die anderen Gruppen unserer Gesellschaft zufällt, z. B. den Kirchen. Die Überzeugungen des Menschen sind seine Privatsache. Aber wir müssen dies wieder mehr beachten: In seinen Entscheidungen als Bürger in diesem Staat wird der einzelne und insbesondere die jüngere Gene-

ration wieder mehr nach Grundsatzpositionen und Zukunftsbildern einer Partei fragen.

Mehr denn je brauchen wir deshalb die geistige Grundausstrahlung der CDU in Worten, in Taten, in Personen, im Gesamtbild. Hier ist Auftrag und Chance der CDU als großer humaner und sozialer Volkspartei!

Unsere Wertbekenntnisse verdeutlichen

Unser grundsätzliches Angebot an die Gesellschaft ist notwendiger denn je. Wir haben vielleicht in der Vergangenheit manchmal gedacht, im schmucken rechtlichen Gehäuse des neutralen und pluralistischen Staates sei das geistige und sittliche Grundsatzbekenntnis auf den Privatbereich zu reduzieren. Wir haben dabei vielleicht manchmal übersehen, daß alleine schon ein freiheitlich-demokratisches Staatswesen, wie wir es im Grundgesetz verankert haben, nur durch Einsatz und Bekenntnis Wirklichkeit wurde und auch nur auf diese Weise erhalten bleiben kann. Eins muß uns auf jeden Fall von Tag zu Tag deutlicher werden: Wo wir selbst darauf verzichten, Orientierungsmerkmale grundsätzlicher Art, Perspektiven für die Zukunft und auch eine gewisse Faszination ausstrahlen, da werden andere mit ihren Ideologien in diesen Vakuumbereich einziehen und ihn besetzt halten.

Andersherum werden uns die politischen Gegner ständig andere Etikette anhängen, wo wir nicht in der Lage sind, uns mit unseren Wertvorstellungen durchzusetzen und glaubwürdig zu machen. Das Wort von der „Unternehmerpartei“ oder von der „Rechtskonservativen Gruppierung“ in seiner verfälschenden Propaganda des politischen Gegners kann ja nur so lange ein Minimum an Aussicht auf Erfolg haben, so lange es uns nicht gelingt, das Bild unseres politischen Wollens durch eindeutige Wertbekenntnisse und entsprechen-

Die Öffentlichkeit der Erwachsenenbildung

Wolfgang Böhme

Im bildungspolitischen „Untergrund“ spielt sich – von der Öffentlichkeit kaum registriert – ein heftiger Kampf um Funktion und Aufgabenstellung der Erwachsenenbildung ab. Offenbar wird hier von einigen Kräften der Versuch unternommen, über eine gezielte materielle und institutionelle Stärkung der Stellung der Volkshochschulen die freien Träger so weit wie möglich aus diesem Bildungssektor zu drängen. Die Gefahr dieser Tendenz liegt darin, daß über einen solchen Schritt die Volkshochschulen zu einer gewissen Monopolstellung gelangen und von den staatlichen Organen in einseitig politisches Fahrwasser gedrängt werden können: die Pluralität in der Erwachsenenbildung wäre damit ernsthaft in Gefahr.

Der Verfasser dieses Artikels ist Experte in dem Bereich der kirchlichen Erwachsenenbildung – darüber hinaus ist er Direktor der Evangelischen Akademie in Herrenalb (Baden).

Die großen Pläne zur Bildungsreform sind weitgehend Makulatur, seit feststeht, daß auf absehbare

Zeit weder bei den Ländern noch beim Bund die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Gelder vorhanden sind. Am meisten davon betroffen ist der sogenannte Quartärbereich, also das weite Feld der Erwachsenenbildung, seit neuestem mit einem nicht sehr glücklichen Ausdruck „Weiterbildung“ genannt. Die Prioritäten liegen bei Vorschule, Schule und Universität, was verständlich ist, wenn man bedenkt, daß der Staatsbürger die Mißstände auf diesen Feldern am deutlichsten vor Augen hat und bis in den engsten Kreis der Familie hinein zu spüren bekommt. Den Mangel an Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung bekommt er so zunächst noch nicht zu Gesicht. Er (und die Gesellschaft als Ganzes) werden ihn erst merken, wenn die raschen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen ein Stück weit fortgeschritten sind und es an den Tag kommt, daß das in der Schule und in der Ausbildung erworbene Wis-

**Monopol für die
„Volkshochschule“?**

sen bei weitem nicht mehr ausreicht, um die neuen Aufgaben zu bewältigen, daß damit der berufliche Aufstieg gefährdet wird und daß das Staatswesen als Ganzes Schaden leidet, weil die Mündigkeit der Bürger, auf die eine Demokratie entscheidend angewiesen ist, zu wünschen übrig läßt. Deswegen sind es weniger die nach der Gunst des Wählers schielenden als vielmehr gerade die vorausschauenden Politiker, die sich, wenn auch bisher ohne Erfolg, für einen geeigneten Ausbau der Einrichtungen der Erwachsenenbildung — und dies mit Priorität — einsetzen.

Dabei sind freilich nicht nur finanzielle, sondern vor allem auch strukturelle Schwierigkeiten zu überwinden. So spielt sich seit Jahren, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, von den Fachleuten aber um so erbitterter ausgetragen, eine Art Schattenkampf um die jetzige und künftige Ordnung dieses Feldes ab, bei dem es um für unsere Gesellschaft entscheidende Positionen geht. Auch die Kirchen haben an dieser Auseinandersetzung teil, wenn auch nicht durch ihre leitenden Organe, so doch eben durch ihre Institutionen und Organisationen für Erwachsenenbildung, die auf evangelischer Seite in der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, auf katholischer in der Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung zusammengefaßt sind. Dabei geht es nicht etwa darum, einen ungegerechtfertigten Einfluß zu erringen und kirchliche Machtansprüche geltend zu machen, sondern darum, daß der unbestritten große und wichtige Beitrag, den kirchliche Erwachsenenbildung (z. B. durch Heimvolkshochschulen, Akademien usw.) bisher geleistet hat, und der für die gesamte Erwachsenenbildung in mancherlei Hinsicht stiftbildend gewirkt hat, nicht einfach im Zuge organisatorischer und gesetzlicher Neuordnungen beiseite gedrängt wird.

Bei den Auseinandersetzungen geht es um eine entscheidende Kernfrage, an deren Beantwortung heute niemand vorbeikommt. Unbestritten ist dabei, daß der Aufbau eines umfassenden und allen Staatsbürgern zugänglichen vierten Bildungsbereichs nicht ohne strukturierende und finanzielle Hilfe der öffentlichen Organe vor sich gehen kann. Der jetzige Zustand, daß auf diesem Felde die großen Trägerverbände wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Volkshochschulverband, ländliche Erwachsenenbildung und die kirchlichen Arbeitsgemeinschaften sehr oft beziehungslos nebeneinander her oder gar gegeneinander wirken, kann nicht erhalten bleiben. So fruchtbar auch Konkurrenz ist, und so wenig es dazu kommen darf, daß der Erwachsene nur noch einem, zudem dann vielleicht noch einseitig gestalteten Bildungsangebot gegenübersteht, so wenig ist der Gesellschaft doch auch mit einem System gedient, das einer einheitlichen Planung ermangelt und alles der mehr zufälligen Spontaneität einzelner Persönlichkeiten oder Institutionen — welcher Richtung auch immer — überläßt. Weil das so ist, ruft man von vielen Seiten nach dem Staat und versucht, eine Trägergruppe, nämlich die Volkshochschulen, zu einer Art öffentlichen Bildungseinrichtung werden zu lassen, die übrigen Träger von Erwachsenenbildung jedoch, und darunter dann auch die kirchlichen, als „private Träger“ in eine Art Status von Privatschulen zu bringen und sie entsprechend mit wesentlich weniger Mitteln auszustatten. Mit wechselnden Begründungen, in der Sache aber immer in die gleiche Richtung zielend, versucht sich der Volkshochschulverband in die Rolle des eigentlichen Trägers von Erwachsenenbildung und die anderen Träger in das zweite Glied zu rücken. So heißt es in einer Erklärung vom 1. Dezember 1969 aus Anlaß des Hessischen Gesetzentwurfs zur Erwachsenenbildung z. B.: „Ihre fachlich begründete Unabhängigkeit von Einzelinteressen macht sie (die Volkshochschulen) aus der Sicht der Bevölkerung zum natürlichen Mittelpunkt der Erwachsenenbildung. Mit dem hessischen Gesetzentwurf

wird versucht, dem kommunalen Bereich der Erwachsenenbildung, den Volkshochschulen, eine tragfähige Basis zu geben und ihre sinnvolle Einordnung in das öffentliche Bildungswesen, bei gleichzeitiger Wahrung ihrer pädagogischen Freiheit, zu ermöglichen.“

**Die nächste Ausgabe der
Evangelischen Verantwortung
erscheint als Doppelnummer
Februar/März 1973**

Dabei muß man hier nun gerechterweise anmerken, daß es keineswegs nur Politiker aus dem Bereich der SPD, sondern durchaus auch solche, die der CDU nahestehen, sind, die einer solchen Lösung zuneigen. Man kann das bei Verhandlungen auf Landesebene wie auf Bundesebene deutlich merken. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Kommunalpolitiker, die sich naturgemäß für „ihre“ Volkshochschule verantwortlich fühlen und die Hoffnung haben, daß mit der Anerkennung der Volkshochschulen als „öffentliche“ Einrichtungen der Erwachsenenbildung auch die finanziellen Lasten mehr als bisher von der kommunalen Ebene weg und auf die Landesebene hin verlagert werden könnten. So entsteht also die eigentümliche Situation, daß auch christlich-demokratische Kommunalpolitiker zu den lebhaftesten Befürwortern eines um die Volkshochschulen gruppierten Systems von Erwachsenenbildung gehören. Die übrigen Verhandlungspartner haben es also in dieser Hinsicht mit einer Koalition zu tun, die die verschiedensten politischen Kräfte umfaßt.

Die Pluralität steht auf dem Spiel

So viel Verständnis man auch für solche Überlegungen im kommunalen Bereich aufbringen kann, so muß hier nun doch eine Frage von grundsätzlicher politischer Bedeutung aufgeworfen werden. Sie lautet: Soll — um welchen Träger immer angeordnet — tatsächlich eine Art „öffentliches System“ der

Erwachsenenbildung (z. B. wie vorgesehen mit staatlichen „Koordinatoren“, also einer Art Schulräten) entstehen und Erwachsenenbildung also ein Bereich werden, der der Schule ähnlich verwaltet und damit dann auch gestaltet wird, oder müssen nicht in unserer pluralistischen Gesellschaft ganz andere Gliederungs- und Organisationsprinzipien angewandt werden? Niemand wird diese Frage leichten Herzens beantworten wollen, zu viel steht auf dem Spiel. Wenn die meisten der freien Trägerverbände (mit Ausnahme der Volkshochschulen, der Arbeitsgemeinschaften „Arbeit und Leben“, und seit neuestem auch der Gewerkschaften, deren bisher eindeutige Haltung schwankend geworden ist) dafür votieren, daß das System der Erwachsenenbildung zwar unter Mithilfe des Staates (auch unter entsprechender Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwaltung der Gelder, die Qualifikation der Lehrkräfte usw.) aber eben doch mit Schwerpunkt in freier Regie der Bildungseinrichtungen der großen gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen wird, dann deshalb, weil nur so auf Dauer die tatsächliche Effektivität des Systems und vor allem seine Freiheit von einseitigen politischen Einflüssen sichergestellt werden kann. Hier soll keineswegs dem Staat ein Feld entrissen und den gesellschaftlichen Kräften anvertraut werden, so daß die Aufhebung des Staates und die Vergesellschaftlichung seiner Aufgaben, die im Zuge der Entwicklung der Industriegesellschaften liegt, auch auf diesem Felde nun einen Schritt voranmachen würde. Sondern im Bereich der Erwachsenenbildung handelt es sich zweifelsohne um ein Feld, das bisher — und dies aus gutem Grund — noch niemals vom Staate sondern schon immer von Einrichtungen freier gesellschaftlicher Kräfte bestellt wurde. Die alte Volksbildungsbewegung tat sich auf diese ihre Freiheit im übrigen besonders viel zugute, und es gibt auch heute noch unter den Mitarbeitern der Volkshochschulen nicht wenige, die die Schwenkung um hundertachtzig Grad, die inzwischen erfolgte, bedauern. In einer Zeit, in der sich sogar im Schulwesen immer stärker die Kräfte regen, die die Verantwortung des Staates abbauen, die der Eltern — und damit der gesellschaftlichen Kräfte — aber

stärken möchten, erscheint es einigermaßen paradox, gerade den Erwachsenenbildungsbereich näher an den Staat heranzurücken. Wir bekämen damit eine Art genormte Erwachsenenbildungsarbeit, bei der im Endeffekt die jeweilige politische Zusammensetzung der kommunalen und staatlichen Instanzen auf die Stellenbesetzung der Erwachsenenbildungseinrichtungen und ihre Lehrpläne durchschlagen müßte. Eine solche Entwicklung mag in anderen Bildungsbereichen weniger bedenklich sein, weil dort eine größere Einhelligkeit über den Lehrstoff und die Form seiner Darbietung herrscht. Auf dem Felde der Erwachsenenbildung müßte sie sich katastrophal auswirken. Das hängt damit zusammen, daß der Erwachsene im Lernprozeß sehr viel selbständiger in Erscheinung

Losung des Kirchentages 1973: „Nicht vom Brot allein“

tritt, weniger Objekt als tatsächlich Subjekt dieses Prozesses ist und ihn damit zu einem auch politisch relevanten Vorgang werden läßt. Damit sind wir am Kern des Problems: Erwachsenenbildung läßt sich ohne echte politische Implikationen nicht betreiben. Damit aber ist die Ordnung dieses Feldes nach so weit als möglich freien Prinzipien ihrerseits die Voraussetzung dafür, daß eine freiheitliche Demokratie aufgebaut werden kann.

Implikationen bedingen Wahlmöglichkeiten

Natürlich kann man Stenographie-, Englisch- oder Datenverarbeitungskurse so abhalten, wie in

der Schule Mengenlehre oder Chemie „gelehrt“ werden. Aber schon bei der Nennung der „Chemie“ stockt man: Die modernen Naturwissenschaften lassen sich nicht von jenen Fragen der Wissenschaftstheorie, der Ethik, der Politik trennen, die sie ausgelöst haben und an deren Bewältigung sie nun ihrerseits mitarbeiten müssen. Im Grunde hat heute jede Frage, um die sich der Erwachsene bemüht, eine politische Seite. Die Debatte über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität hat uns allen das eindringlich vor Augen gestellt. Auch die Unruhe an den Hochschulen ist ja nicht zuletzt deswegen entstanden, weil die junge Generation Wert darauf legt, daß die politischen Implikationen wissenschaftlicher Forschung erkannt und im Wissenschaftsprozeß selbst zur Sprache gebracht werden. Ein gleiches muß sich nun auch im Bereich der Erwachsenenbildung vollziehen. Man wird sich freilich von ihrer totalen Politisierung (auch ihrer Auflösung in „Aktion“) hüten müssen — es bleibt noch immer dabei, daß es um Lern- und Denkprozesse, um Bewußtseinsbildung geht, bevor es um Aktion und politische Gestaltung gehen kann; aber eben: Schon in diesen Lern- und Denkprozessen sind politische Elemente vorhanden, die auf spätere Aktion und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens abzielen.

Diese (echte) politische Komponente der Erwachsenenbildung verbietet es schlechthin, sie dem Wechselspiel politischer Instanzen auszuliefern. Es muß vielmehr energisch dafür — und zwar eben auch durch den strukturell pluralistischen Aufbau des Systems — gesorgt werden, daß die verschiedenen politischen Kräfte frei nebeneinander existieren und gemäß ihrer geistigen Kraft am Aufbau des gemeinsamen Systems (unter Hilfestellung des Staates) mitwirken können. Der Staatsbürger muß zwischen mehreren, anders gearteten

Zur Diskussion gestellt:

Politik für den Menschen

Gemeinschaftsaufgaben als Felder politischen Handelns

Helmut Donner

und ausgerichteten Angeboten wählen können: Er wird dabei sicher nicht nur immer die Einrichtung der eigenen Couleur bevorzugen, sondern sehr oft gerade auch die andersgeartete Meinung hören wollen. Er muß bei all diesen Einrichtungen die Möglichkeit bekommen, Qualifikationen zu erwerben, die er nötig braucht, und die entsprechenden Zertifikate zu erhalten. Er muß selbst mit seiner politischen Überzeugung im Lernprozeß mitwirken und damit einen Beitrag zu seiner echten politischen Ausrichtung leisten können. Ein staatlich gelenktes, allein auf den kommunalen Volkshochschulen aufbauendes System kann dies nicht leisten. Es mag der DDR entsprechen, sicher aber nicht unserer Gesellschaftsordnung.

Wenn man dies so sagt, dann ist nun allerdings gleichermaßen hinzuzusetzen: Die Trägerverbände der Erwachsenenbildung und ihre leitenden Leute müssen sich weit mehr als bisher anstrengen, wichtige Probleme gemeinsam anzupacken und zu kooperieren. Das gewisse Siechtum des sogenannten „Heppenheimer Gesprächskreises für Erwachsenenbildung“ auf Bundesebene, dem zunächst alle Organisationen einschließlich der Volkshochschulen und der Kommunen angehörten, ist ein Symptom für die Schwierigkeiten, die einer ernsthaften Kooperation entgegenstehen. Die staatlichen Kräfte sollten hier insofern eine Hilfestellung leisten als sie dafür sorgen, daß eine Zusammenarbeit auf gleichberechtigter und partnerschaftlicher Basis stattfindet, von der sich niemand ausschließt. Finanzielle Mittel sollten nur die erhalten, die zu solcher Zusammenarbeit bereit sind. Wenn der Begriff „öffentlich“ in diesem Zusammenhang einen Sinn haben soll, so muß er alle zusammen umfassen, die bereit sind, in enger Abstimmung untereinander am Aufbau einer wirkungsvollen Erwachsenenbildung mitzuwirken.

„Politik für den Menschen – Gemeinschaftsaufgaben als Felder politischen Handelns“, unter diesem Leitthema stand die diesjährige Epiphania-Tagung mit Politikern und Vertretern der Kirche, die in der evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen auf Einladung der Evangelischen Kirche von Westfalen im „Haus Ortlorn“ vom 11. bis 12. Januar 1973 stattfand. Zur Einführung in das Tagungsthema sprach Pfarrer Helmut Donner (Dortmund), dessen Ausführungen wir nachstehend in gekürzter Form veröffentlichen und zur Diskussion stellen.

Der Begriff der Gemeinschaftsaufgaben ist zunächst ein rein technischer. Er bezeichnet, daß in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens Aufgaben anfallen, die nur im übergreifenden Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden zu lösen sind. Der Bildungsbereich z. B. stellt nach der Verfassung eine Gemeinschaftsaufgabe dar, zu deren Lösung Bund, Länder und Gemeinden ihren jeweiligen Beitrag leisten müssen. Welche Teile einer solchen Aufgabe an Bund, Land und Gemeinde gegeben werden, ist eine Sache der Zweckmäßigkeit, aber auch des politischen Kräftespiels.

Seit einiger Zeit hat nun der Begriff der Gemeinschaftsaufgaben zunehmend einen anderen Inhalt bekommen. Er wird jetzt in einem erweiterten Sinn gebraucht, nämlich um darauf hinzuweisen, daß umfassende Verbesserungen der sozialen Infrastruktur anstehen, die wesentlich für die Zukunft dieser Gesellschaft und ihrer Mitglieder sind.

Insgesamt geht es bei den Gesellschaftsaufgaben darum, daß die soziale Infrastruktur nach einer bestimmten Planung ausgestaltet wird, damit es nicht zu katastrophalen Ausfällen oder schädlichem

Wildwuchs der Entwicklungen, oder zu unerträglicher Ungleichheit der Lebensverhältnisse kommt.

Die Gemeinschaftsaufgaben ergeben sich aus der bisherigen Entwicklung unserer Industriegesellschaft, sie stellen sich in einem bestimmten Moment dieser Entwicklung. Es geht um die Behebung bestimmter „Mängel im Industriestaat“. Es geht um neue und zusätzliche Maßnahmen und Einrichtungen, um die soweit entwickelte Industriegesellschaft funktionsfähig zu erhalten. Ja, es geht um eine neue Art von Politik:

„Was sich heute in der Bundesrepublik zeigt, sind Mängel, die fast samt und sonders durch die rasche wirtschaftliche und technische Entwicklung hervorgerufen werden und die zu beseitigen eine andere Form des politischen Handelns gefunden werden muß, als sie in der Vergangenheit üblich war. Bis hinein in unsere Tage war es möglich, in der Politik sozusagen von der Hand in den Mund zu leben. Zeigte sich irgendwo ein Mangel, dann wurde überlegt, wie er zu beseitigen sei und anschließend fiel eine politische Entscheidung, die solange galt, bis der nächste Mangel offenkundig wurde. Heute hingegen droht die Entwicklung den Politikern davonzu-eilen...“

(H. D. Kloss in: Damit wir morgen leben können, Stuttgart 1972.)

Zielangabe Lebensqualität

Es ist in meinen Augen kein gutes Zeichen, daß der Begriff der Lebensqualität, kaum daß sich einige darauf eingelassen haben,

über ihn nachzudenken, schon wieder abgenutzt erscheint und ironisch abgetan wird (vgl. „Spiegel“ 2/73, S. 44). Er deutet ja darauf hin, daß anscheinend der äußere Wohlstand der Menschen und ihr wie der Gesellschaft wirkliches Wohlbefinden nicht mehr proportional zueinander wachsen. Daraus wird gefolgert, daß ein neues Gleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Bereich gefunden und stabilisiert werden muß.

Nach Meinung vieler hat die Verbesserung der Lebensqualität zur Voraussetzung, daß in einem erheblich größeren Umfang als bisher Aufgaben der Daseinsvorsorge auf die öffentlichen Instanzen übertragen werden.

Verwaltungsstaat sondergleichen?

Die heute sogenannten Gemeinschaftsaufgaben ergäben, untereinander geschrieben, eine lange Liste. Alles wird dazu gerechnet, was sich in den Bereich des Gesundheitswesens, der sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen, des Bildungswesens, des Verkehrs, der Stadt- und Raumplanung und des Umweltschutzes gehört.

Es scheint, was die Gemeinschaftsaufgaben angeht, so etwas wie ein natürliches Gefälle dahin zu geben, sie in staatliche Regie zu nehmen, d. h., zu ihrer Wahrnehmung die bestehenden Verwaltungen auszubauen oder ganz neue zu installieren.

Dieses Gefälle wird verstärkt durch die heute weit verbreitete Neigung zu kollektiven Lösungen und die Bereitschaft, Reglementierung und Fremdbestimmung in Kauf zu nehmen. Das letztere wird allerdings oft nicht bewußt.

Halten wir uns noch einmal die Größenordnung vor Augen, die bei den Gemeinschaftsaufgaben auftreten. Eine Schätzung des Bundeskanzleramtes beläuft sich für 1985 auf eine Summe von mehr als 300 Mrd. DM, das ist das dreifache des gesamten jetzigen Bundeshaushaltes.

Wenn die öffentliche Verwaltung entsprechend dieser Größenordnung in den nächsten Jahren zunimmt, z. B. indem statt jetzt 15 % der Erwerbstätigen nach wenigen Jahren mehr als 25 % der Erwerbs-

tätigen von der öffentlichen Hand angestellt sind, so ist zu erwarten, daß sich hier ein Umschlag der Quantitäten in Qualität vollzieht, nämlich eine erhebliche Veränderung unseres politischen Systems, in Richtung Bürokratie.

Verwaltung und auch Bürokratie hat es seit jeher da gegeben, wo große Gruppen von Menschen zentral zu versorgen waren.

Während das Bürgertum der Neuzeit noch seine Glückseligkeit selbst besorgen wollte, erforderte die Sozialordnung der beginnenden Industriegesellschaft schon eine sich ständig ausdehnende Staatstätigkeit. Denkbar ist eine Entwicklung zu einem perfekten System der Betreuung von der Geburt im klassenlosen Krankenhaus, über den Kindergarten, die integrierte Schule und Hochschule, Wohngeld und Altenbetreuung bis zum Tod im klassenlosen Pflegeheim. Der kritische Punkt hierbei wäre, daß solche vereinheitlichenden Systeme den verwaltbaren, nämlich den angepaßten oder entsprechend mutierten Menschen brauchen.

Diese Perspektive wird nicht erfreulicher durch die Vermutung, daß die gegenwärtig vorhandenen Verwaltungen auch bei starkem Aufbau gar nicht imstande sind, die Mehrzahl von Jahrhundertaufgaben zu bewältigen, die proklamiert werden; daß eventuell die Gemeinschaftsaufgaben, Bereich für Bereich, wegen finanzieller und personeller Defizite nur zu geringen Teilen bewältigt werden können.

Polarisierung

Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Gemeinschaftsaufgaben und die Frage, welche legislative und administrative Lösung für sie gefunden wird, in der politischen Auseinandersetzung keine geringe Rolle spielen.

Sie ist auch wünschenswert, nicht aber, daß die Gemeinschaftsaufgaben der Anlaß zu einer weiteren Polarisierung der politischen Lager führen.

Die Bezeichnungen „Kapitalist“ oder „Kollektivist“ sind nicht geeignet, die Position des Gegners zutreffend zu beschreiben. Die

„Revolution nach Maß“ auszurufen ist ebenso töricht wie das Versprechen, zu einem Zustand stabilen Gleichgewichts zurückzuführen.

Die Gemeinschaftsaufgaben sollten nicht unter der Hand von einem Zweck zu einem Mittel, nämlich der politischen Auseinandersetzung, der Diffamierung und Polarisierung, degradiert werden. Sie sollten als eine außerordentliche Gelegenheit sozialer und politischer Gestaltung, nicht aber der Machtübernahme oder ihres Rückgewinns angesehen werden. Den sozialen Anliegen des Menschen ist immer schlecht gedient, wenn deren Regelung Bestandteil des Kalküls der Parteien ist.

Sozialisation?

Der Verdacht, daß es sich bei den Programmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur nicht um soziale Realisation, sondern um sozialtechnische Großprojekte handelt, bleibt bestehen, solange „eine konkrete Vorstellung vom Menschen und den unabdingbaren Notwendigkeiten seiner Existenz“ nicht vorliegt (Forsthoff).

Mindestens so lange muß man dem beobachtenden Gefälle zur Verstaatlichung oder besser zur Bürokratisierung der Daseinsvorsorge die Frage entgegenhalten, was „die Gesellschaft mit eigenen Kräften bewältigen kann“ (Forsthoff).

Als eigenständige Kräfte unterhalb der Zentralgewalt verstehen sich schon die Länder, verstehen sich die Kommunen – verstehen sich neben diesen die vielen „freien Kräfte“ innerhalb der Gesellschaft, und mir scheint noch längst nicht ausgemacht, daß alle diese, bei denen so viel privater, persönlicher Einsatz zum Zuge kommen kann, wenig oder nichts zur Lösung der anstehenden gemeinsamen Aufgaben beitragen können – wie auch von Fall zu Fall „vorurteilslos zu klären (ist), ob eine Dienstleistung besser von der öffentlichen Hand oder von privaten Unternehmen erbracht wird. (Th. Ellwein in: Damit wir morgen leben können, S. 121.)

Der Sprecher eines der freien Wohlfahrtsverbände sagte zum Jahresende 1972: „Wir dürfen uns

nicht in die Ecke drängen lassen. . . von Technokraten eines wohlfahrtstaatlichen Modells. . . , wo das Grundgesetz die ungehinderte Entfaltung freier Kräfte zum Nutzen aller Bürger wünscht. Weil wir nicht wollen, daß unsere Gesellschaft in einen freie Initiativen lähmenden Dirigismus abgeleitet, müssen wir hier auf der Hut sein. Der Mensch darf nicht zum gut verwalteten Objekt werden, das sich seinen Platz und sein Verhalten im Käfig Gesellschaft anweisen läßt.“ (Th. Schober, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD.)

Bürgernähe

Überall, wo eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur geplant wird, muß besondere Mühe auf die Überlegung verwandt werden, wie die Distanz zwischen dem Ort, wo der einzelne lebt, und dem Ort, wo die übergreifenden Entscheidungen fallen, überwunden werden kann.

Die in den letzten Jahren vielerorts, jeweils aus gegebenem Anlaß, entstandenen Bürgerinitiativen sind ein Anzeichen dafür, daß der zunehmenden Verwaltung Gegenkräfte begegnen. Vielfach war es so, daß durch solche Eigeninitiativen die immer wieder geforderte, die notwendige Durchschaubarkeit der Vorgänge erst hergestellt wurde.

Bürgerinitiative, die dem pluralistischen Grundmuster unserer Gesellschaft sehr wohl ansteht, wird sich im Felde der Gemeinschaftsaufgaben allerdings nicht nur in der Kontrolle staatlicher Macht und öffentlicher Planung bewähren müssen, sondern auch darin, daß sie Lücken ausfüllt, die die staatliche Vorsorge mit Sicherheit lassen wird.

Die von Zeit zu Zeit abgehaltene Wahl, die Möglichkeit der Wortmeldung in Bürgerausschüssen, die in der Regel von der dominierenden

Partei schon längst vereinnahmt sind, die bürokratisch weitgehend versteckten Einspruchsmöglichkeiten — ergänzt um die Ausnahmemöglichkeiten der Bürgerinitiative oder der Demonstration sind kein ausreichendes Instrumentarium, keine hinreichende Regulierung des Verhältnisses zwischen Bürger und Verwaltung.

Der Physiker A. M. Klaus Müller stellt in seinem großartigen, kürzlich erschienenen Buch (Die präparierte Zeit, Radius Verlag Stuttgart 1972) zur Frage nach „Individuum und Gesellschaft“ fest: „Nur wenn wir die Möglichkeit eines Dauer-Dialoges zwischen Bürger und zentraler Initiative installieren, minimieren wir die permanente Gefahr eines Notstands-Totalitarismus“ (S. 508).

Seine Idee ist, in einem zirkulär gestaffelten Kommunikationssystem (S. 543) das Engagement der „Stammtische“ mit der Methodik der „Expertengremien“ zu integrieren, dadurch „die Zeitlücke zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ (zu schließen“ (S. 541) und „ein Geschehen in Gang zu setzen, das ständig von der Interdependenz aller Beteiligten lebt“ (S. 533).

Zielangabe Überleben

Öffentliche Meinung ist, daß der einzelne erwarten kann, in den nächsten Jahren zunehmend mehr Mittel und freie Zeit zu seiner Verfügung zu haben, außerdem zunehmend mehr und bessere Dienstleistungen von seiten der öffentlichen Hand.

Diese Rechnung kann schon deshalb nicht aufgehen, weil wegen der Umweltgefährdung und des rapiden Zurückfallens der dritten Welt das wirtschaftliche Wachstum nicht beliebig gesteigert werden darf.

Hierfür aber gibt es kein öffentliches Bewußtsein, wie es auch keines dafür gibt, daß wir alle in die Kassen der Gemeinschaft einzahlen müssen, damit diese leben kann, oder dafür, daß jedermanns freie Zeit nicht zur Hobbypflege, sondern für dringende gesellschaftliche Aufgaben benötigt wird.

In dieser Situation sollen die Politiker klare und durchgreifende Entscheidungen treffen, die das

Überleben sichern. Aber widersetzt sich unser System nicht jeder angemessenen Veränderung?

Forsthoff meint, die Mentalität der Industriegesellschaft sei vornehmlich durch ihre „am Eigeninteresse orientierte Rationalität“ gekennzeichnet (a. a. O. S. 57) und der Schutz der Interessen aller, die Beachtung des allgemeinen Wohls reiche nur so weit wie die mehrheitlichen Konsense in den Gruppierungen der organisierten Interessen (S. 159).

Müller folgt dem Franzosen Viansson-Ponté in dem Urteil: „Die Regierung ist widersprüchlichen Triebkräften unterworfen; diese werden in den Gesetzesentwürfen zwar registriert, aber nicht mehr gestaltet. Die disponiblen Haushaltsmittel reichen kaum aus, um in unserem von Antagonismen zerrissenen Gesellschaftssystem die Verkehrsunfälle abzufangen, die ständig auftreten müssen. Bald gilt es, die Bauern zu beruhigen, bald müssen die Gehaltsansprüche der Beamten oder der Angestellten befriedigt werden; dann gibt man den Lohnforderungen der Gewerkschaft nach oder macht Konzessionen, um Studentenrevolten zu verhindern. Alle Strukturplanungen sind wertlos. . . , wenn sich der Druck einander widersprechender Anforderungen fortwährend steigert und man diesem Druck früher oder später doch nachgeben muß“ (a. a. O. S. 515).

Es ist ganz deutlich, daß „die Politiker“ in einer kritischen Situation, wo ihr Handeln stets durch ein solches Patt der Interessen blockiert wird, nicht allein gelassen werden dürfen.

Aufgaben für die Kirche?

Die Politiker sollten selbst sagen, ob sie in dem hier angesprochenen Gesamtzusammenhang Aufgaben für die Kirche sehen, und diese beschreiben. Einige Punkte, die ich vor Augen habe, möchte ich als Abschluß meiner Einführung noch vortragen:

a) Der Kirche sollte das Beispiel ihrer eigenen Ost-Denkschrift vor Augen stehen. Oft wurde bestätigt, daß sie nützlich gewesen sei, indem sie den Politikern zwar keinerlei Anweisungen gab, in wel-

cher Weise sie das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn ordnen sollten, aber nachdrücklich sagte, hier liege eine nicht mehr auf-schiebbare politische Aufgabe, und andeutete, vor welchem geschichtlichen Hintergrund diese Aufgabe zu sehen sei.

Hätte die Kirche heute die Möglichkeit, eine ähnliche Funktion bezüglich der Gemeinschaftsaufgaben und ihrer politischen Implikationen, bezüglich der „zentralen Frage einer Veränderung der politischen Verhältnisse um des Überlebens willen“ (Müller a. a. O. S. 513) wahrzunehmen?

b) Die Kirche kann darauf drängen und dazu beitragen, daß die Programme zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur am Menschen orientiert bleiben und einem klaren Konzept folgen. Nicht die eine oder andere gesellschaftliche Ideologie soll verwirklicht, nicht eine Sozialbürokratie etabliert werden. Auszugehen ist von einer konkreten Vorstellung vom Menschen und den heute unabdingbaren Notwendigkeiten seiner Existenz heute. Und dabei ist zu bleiben.

Die Kirche kann und soll in die Überlegungen einbringen, was theo-

logische Anthropologie über jene Lebensqualität zu sagen hat, die traditionell mit dem Wort Gnade bezeichnet wird, und über die Qualität, die ein Leben gewinnt, wenn es nicht sich selbst dient.

Einzubringen ist auch, was Sozialethik und Soziallehre über Staat, Gesellschaft und Individuum, Partial- und Allgemeininteresse zu sagen haben.

c) Die Kirche hat in ihrer Mitte neben vielen toten, überlebten Strukturen doch einige lebendige, offene — zunächst nur in Ansätzen — die „bereits ein Stück politischer Wirklichkeit von morgen“ darstellen. Dieses auszusprechen fühle ich mich durch den zitierten K. Müller ermutigt, der die offenen Gemeindegemeinschaften mit diesem Prädikat versieht.

Hinzuzufügen ist, daß noch kaum bedacht wurde, wie man die auch in der Kirche sicher möglichen „Stammtische“, vielleicht auch möglichen „Expertengremien“ nützlich eingliedert in das Kommunikations-System, von dem oben gesprochen wurde, wie man den Informationsstrom, den jede Reform voraussetzt, systematisch z. B. durch die

Kanäle der kirchlichen Bildungsarbeit leiten kann.

d) Die Kirche hat, weniger als die Studenten und die Medien, aber doch nicht unerheblich beigetragen zu jener Sensibilisierung der Öffentlichkeit hinsichtlich unserer sozialen Infrastruktur, die in den letzten Jahren stattfand. Es handelt sich um einen Aufklärungsvorgang, der zunächst dazu führt, daß jedermann einen Katalog sozialer Erfordernisse gegenwärtig hat und ihn mit dem Bewußtsein ansieht, hier ein Anrecht auf Leistungen zu besitzen. Da die Kirche die volle Wahrheit zu sagen hat, muß sie nun auch illusionäre Erwartungen als solche bezeichnen und die Bedingungen nennen, unter denen Gemeinschaftsaufgaben bewältigt werden können: finanzielle und persönliche Beteiligung aller Bürger. Sie kann Menschen an diesen Aufgaben beteiligen und gleichzeitig zu sich ziehen, wenn sie sich in allen ihren Lebensformen und Gliederungen als ein Stück der erforderlichen neuen sozialen und politischen Wirklichkeit versteht, sich entsprechend organisiert und entsprechend verhält.

Beschlüsse der Bremer EKD-Synode vom 6.1.'73

Auf der letzten Tagung der Sitzungsperiode dieser Synode der EKD wissen wir uns dazu gerufen, im Blick auf einige Brennpunkte der gegenwärtigen Nöte in Kirche und Welt folgendes zu erklären:

1. Nachdem die Synode der EKD sich immer wieder zu ihrer Funktion der Aussöhnung zwischen Ost und West bekannt hat, sind wir durch die mit den Ostverträgen und dem Grundvertrag geschaffene neue Situation doch nicht aus der Verantwortung für alle Menschen unseres Volkes entlassen und bitten alle, die neu gegebenen Möglichkeiten menschlicher Begegnung nach Kräften zu nutzen.

2. Wir sind als Christen dazu gerufen, für den entrechteten und deklassierten Menschen und für die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt einzutreten. Das gilt auch für unsere durch die Apartheidspolitik und ihre Methoden unterdrückten schwarzen Brüder. Wir warnen die Inhaber der Macht vor der Fortsetzung eines

Weges, der zu einer Eskalation der Gewalt mit ihren unabsehbaren Folgen zu führen droht.

3. Im Glauben an den gekreuzigten Herrn der Welt, der auch für die Menschen in Vietnam gestorben ist, erheben wir schärfsten Einspruch gegen die Methoden der Massenvernichtungsmittel, wie sie jüngst erst wieder in den Bombenteppichen zur Anwendung gekommen sind. Unmenschliche Mittel können durch keinen Zweck gerechtfertigt werden, von welcher Seite sie auch angeordnet werden. Sie dienen nicht dem Frieden, sondern dem Haß.

4. In unserer Mitverantwortung für den Hunger in der Welt und für die unzähligen Menschen, die von einer menschlicheren Gestaltung ihrer Zukunft immer noch ausgeschlossen sind, wissen wir uns zu Aktionen der Hilfe gerufen, weil wir in jedem Menschen einen Bruder sehen, den Gott in Christus nicht weniger geliebt hat und liebt als uns selbst.

5. Wir warnen aber davor, in unserem Engagement für die Entwicklungshilfe zu vergessen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht (Matth. 4,4). Wir rufen darum alle, die es angeht, dazu auf, das Eine, was not tut, in das Zentrum von allem zu rücken: Die Verkündigung der Botschaft von dem für die ganze Welt Gekreuzigten, dem auferstandenen und kommenden Herrn.

6. Von daher fällt das Licht auf unsere Bemühungen um eine neue, ihrem Auftrag angemessene Gestalt der EKD, deren Gemeinschaft wir in dem gemeinsamen Bekenntnis zu dem durch Wort und Sakrament gelegten Fundament bejahen.

7. Alle Glieder der Gemeinden, ihre Prediger, Ältesten und Mitarbeiter bitten wir, angesichts der zunehmenden Entchristlichung nicht zu resignieren, sondern durchzuhalten in dem Gebet um den Heiligen Geist, der „aus Steinen Kinder zu erwecken vermag“ (Matth. 3,9).

Kurz notiert

„Woche der Brüderlichkeit“ vom 18. bis 25. März

Die „Woche der Brüderlichkeit“ wird in diesem Jahr vom 1. bis 25. März in zahlreichen Orten der Bundesrepublik und in West-Berlin begangen. Mit den Veranstaltungsreihen, die bereits seit Jahren von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit durchgeführt werden, soll zur Verständigung nicht nur zwischen Christen und Juden, sondern zwischen Menschen aller Rassen aufgerufen werden. Wie der Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt mitteilte, wird in diesem Jahr die zentrale Eröffnungsveranstaltung der „Woche der Brüderlichkeit“ in Saarbrücken stattfinden.

Präses Immer von rheinischer Landessynode wiedergewählt

Der Präses des Evangelischen Kirche im Rheinland, Lic. Karl Immer (56), ist auf der im Januar in Bad Godesberg tagenden Landessynode mit 182 gegen 58 Stimmen bei elf Stimmenthaltungen wiedergewählt worden. Als Nachfolger des am 31. März in den Ruhestand tretenden Oberkirchenrates Arnold Nieland wählte die Synode den bisherigen Landesjugendpfarrer Jürgen Schroer (48) zum hauptamtlichen Mitglied der Kirchenleitung. Zu den neuen nebenamtlichen Mitgliedern gehört auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Horst Waffenschmidt (CDU).

Bundesrepublik liegt bald an vorletzter Stelle unter den Geberstaaten

Die Bundesrepublik wird nach einer Berechnung der Vereinten Nationen bei gleichbleibender Steigerungsrate ihres Entwicklungs-etats 1975 an vorletzter Stelle in der Rangfolge der europäischen Geberstaaten liegen. Auf diesen Tatbestand machte Dr. Klaus Lefringhausen, Mitglied der Kammer der EKD für den Kirchlichen Entwicklungsdienst vor der Synode in Bremen aufmerksam. Es sei zu

befürchten, daß dies Signalwirkung für andere Länder haben werde, sich nun ebenfalls mit ihren Leistungen zurückzuhalten. Im Blick auf den bevorstehenden 25. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1973 werde von den Entwicklungsländern die Frage gestellt, ob die Menschenrechtserklärung nicht im Sinne von Entwicklungsrechten ausgeweitet werden müsse. Entwicklungs- und Rassenprobleme potenzierten sich gegenseitig. Es habe „Zeugnischarakter“, wenn sich die Synode außer mit ihren eigenen Strukturproblemen mit Fragen der Entwicklungsländer befasse. Daran werde etwas von den Prioritäten christlichen Denkens sichtbar.

230 Freiwillige arbeiten für „Dienste in Übersee“

Die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen „Dienste in Übersee“ hat im Jahre 1972 mit 80 Fachkräften Verträge für eine dreijährige Tätigkeit im Entwicklungsdienst abgeschlossen. Die Gesamtzahl der Verträge seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft vor zwölf Jahren erhöhte sich damit auf 659.

Zur Zeit sind 230 Freiwillige für DÜ in Übersee tätig, vorwiegend Studienräte und Lehrer (52), Techniker und Handwerksmeister (50), Ärzte (33), Sozialarbeiter (25) und Krankenschwestern (22). Schwerpunkte des Entwicklungsdienstes liegen in Tansania (34 Fachkräfte), Neuguinea (21), Kenia (19), Indien (17), Togo (13) und Zaire (12).

Bangkok: „Ende des missionarischen Einbahnverkehrs“

Für eine radikale Abkehr der „nordatlantischen“ Kirchen von ihrer herkömmlichen Missionsstrategie haben sich führende Vertreter des afrikanischen Protestantismus Anfang Januar auf der Weltmissionskonferenz in Bangkok ausgesprochen. „Die Zeit, in der sich weiße Missionare in Übersee selbst zum Maßstab nehmen konnten, ohne die Eigenart der ihnen fremden einheimischen Kulturen zu respektieren, ist ein für allemal vorbei“, sagte der liberianische Anglikaner Burgess Carr, Generalsekretär der Allafrikanischen Kir-

chenkonferenz in Nairobi und ehemaliger Afrikareferent beim Weltkirchenrat in Genf. Mit dieser Tagung in Thailand sei ein grundsätzlicher Wandel auf einem der wichtigsten und ältesten Gebiete ökumenischer Zusammenarbeit eingeleitet worden. Auch der Generalsekretär der Presbyterianischen Kirche von Ostafrika, Dr. John Gatu, sprach sich mit Nachdruck gegen Fortsetzung der „weißen“ Mission alten Stils aus. Dies bedeutet nicht, daß man in jungen Kirchen auf partnerschaftliche Mitarbeit von Fachleuten aus Europa und Nordamerika verzichten wolle. Ebensowenig werde damit eine Abkapselung des afrikanischen Protestantismus bezweckt: „Das Gegenteil ist richtig“, betonte Gatu. „Mein Modell ist etwa die reformierte Gemeinde in Nairobi, der Menschen aus 27 Nationen in voller Gleichberechtigung angehören.“

Landesbischof Lohse: DKP-Mitgliedschaft von Pfarrern untragbar

In der evangelischen Kirche gelte für die Mitglieder generell das Recht der freien Meinungsäußerung, und die Kirche würde auch gegenüber Vertretern extremer, sektiererischer Anschauungen nie von sich aus die Trennung betreiben, sondern weiter versuchen, mit ihnen im Gespräch zu bleiben. Diese Ansicht vertrat der hannoversche Landesbischof D. Eduard Lohse in einem vom NDR unter dem Titel „Der dehnbare Protestantismus – wie tolerant muß ein Bischof heute sein?“ gesendeten Interview. Lohse verwies darauf, daß sich allerdings solche Randgruppen meist von selbst von der Kirche lösen. Im übrigen sei davon auszugehen, daß jeder, der sich für einen Protestanten hält, als solcher verstanden werden müsse.

Lohse bestritt in dem Gespräch, daß es im Widerspruch zu dieser Meinungsfreiheit stünde, wenn **Pfarrerberuf und Mitgliedschaft in der DKP für unvereinbar erklärt werden. Diese Partei basiere auf einer eindeutig atheistischen Weltanschauung, die zum Amt eines christlichen Predigers im Widerspruch stehe.** Dies sei auch die Auffassung in den Staaten des Ostblocks. Lohse wies als Beispiel auf die DDR hin, in der ein Pfarrer nicht Mitglied der SED sein kann.

Qualität des Lebens

Ein Schlagwort und woher es kommt

Bereits bei den römischen Stoikern, so bei Seneca, findet sich der Topos „qualitas vitae“. Er verdeutlicht, daß es im Leben nicht so sehr auf materielle Genüsse als vielmehr darauf ankomme, in Rechtschaffenheit seine Pflicht zu tun.

In neuerer Zeit stellten sich die „romantischen Ökonomen“ Adam Müller und Karl Ludwig von Haller der Herausforderung des angelsächsischen Individual-Liberalismus mit seiner Betonung des ökonomischen Egoismus, der letztlich dennoch das Gemeinwohl schaffe. Sie wiesen auf die gemeinschaftlichen Ziele ökonomischen Handelns hin. Hier zeigte sich eine im Grunde vorindustrielle — eben „romantische“ — Reaktion auf die industrielle Revolution, wie sie sich in Großbritannien bereits abzeichnete.

Der gleiche Ansatz — jetzt allerdings mit „postindustriellem“ Akzent — bestimmt auch die Überlegungen der modernen Verfechter der „Lebensqualität“. Sie meinen, die industrielle Entwicklung sei in gewissem Sinne an ihr Ende gelangt, ausschließliches ökonomisches Wachstumsdenken führe zum Kollaps des Systems.

In seinem weltberühmt gewordenen Buch „The Affluent Society“ („Gesellschaft im Überfluß“) hatte Galbraith 1958 vor dem amerikanischen Hintergrund die These in Frage gestellt, daß wirtschaftliches Wachstum gewissermaßen automatisch bereits die Qualität der sozialen Infrastruktur verbessert. Heute warnen D. Meadows u. a. vor den Gefahren eines exponentiellen Wachstums.

1964 wurde der Begriff „Qualität des Lebens“ in den USA auch po-

litisch befrachtet. Präsident Lyndon B. Johnson benutzte ihn in seinen programmatischen Erklärungen zur Schaffung der „Großen Gesellschaft“:

■ „Unser drittes Ziel (nach der Erhaltung des Wohlstandes und der Sicherung echter Chancen für alle Amerikaner, d. Red.) ist die qualitative Verbesserung des amerikanischen Lebens.“ (Botschaft zur Lage der Nation Januar 1965)

Dazu zählen Verbesserungen des Erziehungswesens, der medizinischen Versorgung und der Umwelt, Konservierung der Schönheiten Amerikas, Förderung von Kunst und Wissenschaft. Fünf Jahre später kann sein republikanischer Nachfolger auf den Hinweis nicht verzichten. Präsident Nixon in seiner Botschaft zur Lage der Nation im Februar 1970:

■ „Die Zeit ist reif für eine neue Suche, eine Suche nicht nach mehr Quantität, was unseren Besitz betrifft, sondern nach einer neuen Qualität dessen, was wir besitzen.“

Fortan waren Fragen der Qualität des wirtschaftlichen Wachstums unter Nationalökonomien in aller Welt Ausweis intellektueller Fortschrittlichkeit und gesellschaftspolitischen Engagements. ■

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Der Beitrag des Bundestagsabgeordneten Hans Roser in einer der letzten Ausgaben der EV „Zur Zurückhaltung verpflichtet“ veranlaßt mich, an Sie zu schreiben. Kirchliche Solidarität mit einer bestimmten Politik im Kampf der politischen Parteien ist eine einseitige Parteinahme, die sich gegen jene Christen richtet, die aus innerweltlichen Gründen eine entgegengesetzte Ansicht vertreten. Die

Deklaration der 25 theologischen Amtsträger mit ihrer eindeutigen Stellungnahme für die Ostverträge erweckte den Eindruck, die evangelische Kirche, und nicht — wie es der Fall ist — einzelne Theologen hielten die Ratifizierung der Ostverträge für das Gebot der Stunde. In der Öffentlichkeit, in der heute viele Menschen die Politik als allein lebenswichtig sehen, hat dies entschieden zur Verwirrung der Geister mit beigetragen. Die Ostdenkschrift der EKD von 1965 soll m. E. keine „Verordnung der Kirche“ sein, sondern zum Nachdenken und zur Besinnung anregen; dies scheint in der letzten Auseinandersetzung vergessen worden zu sein. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Evangelische Arbeitnehmerschaft in Hessen und Nassau ihrem Kirchenpräsidenten in einem Offenen Brief für seine eindeutige Stellungnahme zur Ratifizierung der Ostverträge dankte. Abschwächend haben allerdings die Führungsgremien des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer hervor-

gehoben, daß bei derartigen Verlautbarungen der Status der Sprecher als Privatpersonen und nicht als Amtsträger klar erkennbar sein soll.

Zum Leserbrief des Studentenfarrers Zabel aus Siegen möchte ich nur kurz sagen, daß, wenn Herr Zabel seit etwa zwei Jahren zu dem Leserkreis der „Evangelischen Verantwortung“ gehört und er diese aufmerksamer gelesen hätte, er eigentlich wissen müsse, es zu keiner Zeit die Aufgabe des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU“ gewesen ist, die evangelische Kirche als geschlossenen Wählerblock hinter sich zu haben. Aufgabe dieses Arbeitskreises, dem ich als Mitglied der CDU-Sozialausschüsse seit seiner Gründung angehöre, war es stets, den evangelischen Christen zur verantwortlichen Mitarbeit im politischen Leben zu bewegen.

W. Spiegelberg
61 Darmstadt
Berliner Allee 22

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Ökumenische Begegnung im Alltag der USA Studienfahrt vom 7. bis 16. April 1973

Die Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Iserlohn, lädt alle Interessierten zu einer Studienfahrt in den Raum New York und Washington (USA) ein, wo wir kirchliche Zentren, christliche Gemeinden und amerikanische Familien besuchen wollen, die an den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit engagiert tätig sind.

Es geht nicht um ein Touristikunternehmen mit Besichtigungsfahrten, sondern um die Begegnung mit Christen in den Vereinigten Staaten. Wir werden versuchen, die Fahrtteilnehmer wenigstens für zwei oder drei Tage auch in amerikanischen Familien unterzubringen. So haben Sie Gelegenheit, die Amerikaner in ihrem Alltag und die amerikanischen Kirchen in ihren verschiedenen Arbeitszweigen kennenzulernen. Englische Sprachkenntnisse sind erwünscht, aber nicht Vorbedingung für die Teilnahme.

Falls Sie sich für diese Studienreise interessieren, fordern Sie bitte nähere Unterlagen an von der Evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen, 586 Iserlohn, Baarstraße 59–61.

Unsere Autoren

Dr. Wolfgang Böhme
Akademiedirektor
75 Karlstr. 1, Blumenstraße 7

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
527 Waldbröl, Kaiserstraße 40

Helmut Donner, Pfarrer
46 Dortmund, Jägerstraße 5

Evangelische Akademie Rheinland 433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29

24. bis 25. Februar 1973
Familienpolitik aus der Sicht
von SPD, CDU, F.D.P.
Tagung in Verbindung mit der
Evangelischen Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen,
Landesarbeitskreis Rheinland

10. bis 11. März 1973
Freizeit
Tagung in Verbindung mit dem
Fachausschuß Mobile Kirche im
Volksmissionarischen Amt und dem
Amt für Sozialethik und Sozialpolitik
der Evangelischen Kirche
im Rheinland

Evangelische Akademie Berlin 1 Berlin 39, Königstraße 64 b

10. bis 11. März 1973
Lernen im Alter
Studententagung
23. bis 25. März 1973
Psychologie und Religion
Interkonfessionelles Seminar

Evangelische Akademie Westfalen Haus Ortlohn

586 Iserlohn, Baarstraße 59–61
19. bis 22. Februar 1973
Gottesdienst –
geschlossene Gesellschaft?
(Regionaltagung in Zusammen-
arbeit mit der Arbeitsgemeinschaft
christlicher Kirchen in NRW und
der Ökumenischen Zentrale
Frankfurt)

Evangelische Akademie Tutzing 8132 Tutzing, Schloß

12. bis 14. Februar 1973
Der Weg zur Universität
Tagung für Abiturienten
2. bis 4. März 1973
„Nicht vom Brot allein“
Was ist vom Deutschen
Evangelischen Kirchentag 1973
in Düsseldorf zu erwarten?
Die Tagung findet in
Pappenheim (Mfr.) statt.

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll

26. bis 28. Februar 1973
Demoskopie in der Demokratie
9. bis 11. März 1973
Moderne Medien
in der Erwachsenenbildung

Evangelische Akademie der Pfalz 672 Speyer, Gr. Himmels-gasse 6

24. bis 25. Februar 1973
Was ist Ökumene?
Interkonfessionelle Tagung für
ökumenische Arbeitskreise.
Enkenbach-Alsenborn,
Haus Mühlberg

Evangelische Akademie Hofgeismar 352 Hofgeismar, Schlößchen Schönburg

16. bis 18. Februar 1973
Konservativ heute
Die Geschichte
des konservativen Gedankens
Zwischen Versteinerung
und Fortschrittstaumel
Wie konservativ ist der Mensch?
2. bis 4. März 1973
Der Tourist und sein Recht
Reisen dürfen – Zahlen müssen
Die Rechtsstellung des Reisenden
Tagung in Berlin

Evangelische Akademie Hamburg 2 Hamburg 36, Esplanade 15/16

9. bis 11. März 1973
Technische und soziale
Zukunftsphantasien
30. März bis 1. April 1973
Christlich erziehen – aber wie?
Zur Problematik des Erziehungs-
und Bildungsauftrages
evangelischer Kindergärten heute
Tagung für Kindergärtnerinnen,
Erzieher und Sozialpädagogen

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg 78 Freiburg (Br.), Wintererstraße 1

20. bis 22. Februar 1973
Eucharistische Meditationen